

Matthias Stolba

Europäisierung staatlicher Beihilfen

Direkte und indirekte Kollisionen
Rückforderung - Staatshaftung



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsübersicht:

Gliederung und Inhaltsverzeichnis

Einführung in die Thematik und Gang der Untersuchung

Allgemeiner Teil:

Staatliche Wirtschaftsförderung und Wettbewerbsfreiheit - Ökonomische und rechtliche Kompromisse, Kollisionsursachen und Grundzüge der Kollisionslehre

Besonderer Teil:

1. Kapitel:

Die Art. 92, 93 EGV - Kollisionsfördernde Einzelheiten - Kritische Bestandsaufnahme zur bisherigen Bedeutung des Konkurrenten und zur Kompetenzzusübung der Kommission - Direkte Kollisionen mit nationalem Recht

2. Kapitel:

Die Rückforderungsanordnung der Kommission: Zulässigkeit - Indirekte Kollision mit dem Vertrauensschutzgrundsatz - Bewährung als Sanktion

3. Kapitel:

Alternativlösung: Die Haftung der Bundesrepublik Deutschland bei Verstößen gegen die gemeinschaftsrechtlichen „Beihilfevorschriften“

Thesen

Literaturverzeichnis

Gliederung und Inhaltsverzeichnis:

Einführung in die Thematik und Gang der Untersuchung.....	27
Allgemeiner Teil:	
Staatliche Wirtschaftsförderung und Wettbewerbsfreiheit	
ökonomische und rechtliche Kompromisse, Kollisionsursachen und Grundzüge der Kollisionslehre.....	35
A. Die Kompromißsituation bei der staatlichen Förderung von privaten Unter- nehmen.....	36
I. Die Rahmenbedingungen staatlicher Förderung von privaten Unternehmen nach der deutschen Wirtschaftsverfassung.....	36
II. Die Rahmenbedingungen staatlicher Förderung von privaten Unternehmen nach der europäischen Wirtschaftsverfassung.....	45
1. Zur Wirtschaftsverfassung der EG.....	45
1.1. Die zentrale Bedeutung des Gemeinsamen Marktes.....	46
1.2. Bekenntnis des EGV zur „Marktwirtschaft“ mit „freiem Wettbewerb“ als tra- gendes Ordnungsprinzip - Art.2, 3, 3a, 7a und Art.92 ff. EGV.....	47
1.3. Keine rechtliche Institutionalisierung eines bestimmten Wirtschaftssystems in den EG-Verträgen.....	49
1.4. Die Entscheidung für den Schutz der Grundrechte, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie als weiterer wesentlicher Bestandteil der europäischen Verfassung . . .	51
2. Den MS vorbehaltene Bereiche der Wirtschaftsordnung - Die Eigentumsord- nung und die Wirtschaftspolitik.....	55
2.1. Die Eigentumsordnung.....	55
2.2. Die Wirtschaftspolitik.....	56

2.2.1. Die „Herren der Wirtschaftspolitik“ nach dem EWG-Vertrag.....	56
2.2.2. Die „Herren der Wirtschaftspolitik“ nach dem EG-Vertrag.....	57
3. Bewertung.....	61
III. Die Europäisierung staatlicher Beihilfen durch das europäische Beihilfenaufsichtsrecht.....	62
1. Zur Kompromißsituation aus ökonomischer Sicht.....	62
2. Zur rechtlichen Umsetzung der Kompromißsituation im EGV.....	63
3. Zur Rolle der Kommission im Beihilfenaufsichtsrecht des EGV.....	65
B. Grundzüge des Verhältnisses von europäischem Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht - Kompetenzordnung, Supranationalst und „Verzahnung“ beider Rechtsordnungen als wichtigste Kollisionsursachen.....	67
I. Grundlagen der zwischen MS und Gemeinschaft bestehenden Kompetenzordnung und Anknüpfungspunkte für Kollisionen.....	69
1. Anknüpfungspunkte für Kollisionen aus europäischer Sicht - Die Grundlagen der vertraglichen Kompetenzordnung.....	70
1.1. Die Aufweichungen der zentralen Kompetenznorm des Art. 4 EGV.....	70
1.2. Besonderheiten bei den Kompetenzarten als Kollisionsursache.....	72
1.3. Die besondere Funktion und das Rollenverständnis des EuGH als Kollisionsursache.....	74
2. Anknüpfungspunkte für Kollisionen aus deutscher Sicht - Begründung und Begrenzung von Gemeinschaftskompetenzen nach dem deutschen Verfassungsrecht	75
2.1. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Kompetenzübertragung - Rückblick auf Art. 241GG.....	75
2.2. Die neue Integrationsermächtigung des Art. 23 GG n.F.....	78
2.2.1. Integrationsöffnungs- und Struktursicherungsklausel.....	79

2.2.2. Kompetenzübertragungs- und Verfassungsbestandsklausel.....	79
2.3. Einzelne Problembereiche.....	80
2.3.1. Die Grenze der deutschen Staatlichkeit.....	80
2.3.2. Die Bedeutung der Kompetenzverteilung in der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik für die staatlichen Beihilfen.....	84
2.3.3. Das Offenbleiben des politischen Ziels der Integration als übergreifende Kollisionsursache.....	89
II. Die Rechtsprechung des EuGH zur „Supranationalität“ des Gemeinschaftsrechts als weiterer Anknüpfungspunkt für Kollisionen.....	92
1. Die einzelnen „Supranationalitätsmerkmale“.....	93
1.1. Eigenständigkeit des Gemeinschaftsrechts - Eigene, autonome Rechtsordnung mit eigener Hoheitsgewalt.....	93
1.2. Unmittelbare Wirkung und Vorrang des Gemeinschaftsrechts als Konsequenz der autonomen Rechtsordnung.....	94
1.2.1. Zur Bedeutung und zur Terminologie der „unmittelbaren Wirkung“.....	95
1.2.2. Grundzüge der Unmittelbarkeits-Rechtsprechung des EuGH.....	96
1.3. Autonome Interpretation und gemeinschaftsrechtlicher Bezugsrahmen.....	98
2. Die Supranationalität der Gemeinschaften.....	99
2.1. Die Supranationalität der Gemeinschaften vor der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und der Europäischen Union.....	100
2.2. Die Supranationalität der Gemeinschaften nach der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und der Europäischen Union.....	102
III. Kollisionsursachen im Rahmen der „Verzahnung“ von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht.....	104
1. Die „Verzahnung“ beider Rechtsordnungen als allgemeine Ursache für Kollisionsursache.....	104

2. Kollisionsursachen zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Verwaltungsrecht am Beispiel der Rückforderung gemeinschaftsrechtswidriger staatlicher Beihilfen.....	106
2.1. Die im Beihilfenrecht maßgeblichen Vollzugsformen und Verwaltungsvorfahren.....	107
2.2. Anwendbarkeit des nationalen Verwaltungsrechts bei der Rückforderung staatlicher Beihilfen.....	109
2.3. Beeinflussung und Modifikation des deutschen Verwaltungsrechts durch das europäische Recht ?.....	112
2.3.1. Europäisches und nationales Verwaltungsrecht - Zur Funktion der allgemeinen Rechtsgrundsätze für das Verwaltungshandeln.....	112
2.3.1.1. Allgemeines zum „Europäischen Verwaltungsrecht“.....	112
2.3.1.2. Zu den Funktionen allgemeiner Rechtsgrundsätze.....	114
2.3.2. Modifikationen durch die analoge Anwendung der Regem über den indirekten, unmittelbaren mitgliedstaatlichen Vollzug.....	117
3. Ergebnis.....	120
C. Kollisionsarten und Kollisionsregem.....	122
I. Die Unterscheidung von direkten und indirekten Kollisionen.....	122
1. Der Konfliktbegriff.....	122
2. Definition „direkte“ und „indirekte“ Kollision - Direkte und indirekte Kollisionen im Bereich staatlicher Beihilfen.....	123
II. Das Vorrangprinzip als grundlegende Kollisionsregel bei direkten Kollisionen	124
1. Überwundene Lösungsversuche bei direkten Kollisionen.....	125
2. Dogmatische Begründung des „Vorrangprinzips“ - Die heute noch vertretenen Auffassungen.....	128

2.1. Die rein europarechtliche Lösung - Vorrang des Gemeinschaftsrechts kraft Eigenständigkeit.....	129
2.2. Die europarechtlich-völkerrechtliche Lösung - Vorrang des Gemeinschaftsrechts kraft verfassungsrechtlicher Ermächtigung.....	131
2.3. Die Rechtsprechung des EuGH und des BVerfG zur Vorrangfrage.....	133
2.3.1. Die Rechtsprechung des EuGH.....	133
2.3.1.1. Einordnung in das Meinungsspektrum und wesentliche Urteile.....	133
2.3.1.2. Würdigung der EuGH-Rechtsprechung.....	135
2.3.2. Die Meinung des BVerfG.....	136
2.3.2.1. Vorrang des Gemeinschaftsrechts und Grundrechtsschutz nach der Rechtsprechung des BVerfG.....	137
2.3.2.2. Würdigung der BVerfG-Rechtsprechung.....	150
3. Geltungsvorrang oder Anwendungsvorrang ?.....	152
4. Zwischenergebnis zur dogmatischen Begründung des Vorrangs und Relevanz des Theorienstreits für diese Arbeit.....	153
 HI. Übertragbarkeit des Vorrangprinzips auf indirekte Kollisionen	155
1. Modifikation des Vorrangprinzips nur aus dem Gemeinschaftsrecht	158
2. Modifikation des Vorrangprinzips aus der europäischen und der nationalen Rechtsordnung.....	160
3. Lösungsvorschlag.....	160
 IV. Exkurs: Der „Hüter der gemeinschaftsrechtlichen Kompetenzordnung“ - BVerfG oder EuGH ?.....	162
1. Die Behandlung von Kompetenzüberschreitungen nach dem Maastrichturteil des BVerfG.....	163
2. Weitere Entwicklung nach dieser Rechtsprechung und Kritik.....	165

3. Mögliche Konfliktfelder in dieser Arbeit nach dem derzeitigen Entwicklungsstand der BVerfG-Rechtsprechung.....	168
---	-----

Besonderer Teil:

1. Kapitel:

Die Art. 92, 93 EGV - Kollisionsfördernde Einzelheiten - Kritische Bestandsaufnahme zur bisherigen Bedeutung des Konkurrenten und zur Kompetenzausübung der Kommission - Direkte Kollisionen mit nationalem Recht.....	171
---	------------

A. Die Art. 92, 93 EGV im Lichte direkter Kollisionen, unter Einbeziehung der bisherigen Stellung des Konkurrenten und der kompetenzrechtlich kritischen Punkte der Kommissionspolitik.....	173
---	-----

I. Grundlegendes zu Art. 92 EGV.....	174
--------------------------------------	-----

1. Zum Beihilfenbegriff.....	174
------------------------------	-----

1.1. Weite Auslegung.....	174
---------------------------	-----

1.2. Die einzelnen Begriffsmerkmale der „Beihilfe“ i.S.v. Art. 92 ff. EGV.....	176
--	-----

1.2.1. Beihilfengeber (Donator).....	176
--------------------------------------	-----

1.2.2. Beihilfenempfänger (Destinar).....	177
---	-----

1.2.3. Begünstigungskriterium und Wirkungsorientierung.....	178
---	-----

1.2.4. Individualisierbarkeit des Empfängers.....	179
---	-----

1.2.5. Beihilfenleistung.....	179
-------------------------------	-----

1.2.6. Rechtsgrund der Beihilfe.....	180
--------------------------------------	-----

1.2.7. Sonstige Charakteristika.....	180
--------------------------------------	-----

2. „Beihilfenverbot“ und Ausnahmen.....	181
---	-----

2.1. Die Wirkungskriterien der „Wettbewerbsverfälschung“ und „Handelsbeeinträchtigung“ als Voraussetzungen für das Beihilfenverbot.....	182
---	-----

2.1.1. Einzelheiten zur Wettbewerbsverfälschung.....	182
2.1.2. Einzelheiten zur Handelsbeeinträchtigung.....	183
2.1.3. „Spürbarkeit“ der Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung ?	184
2.1.4. Kumulatives Vorliegen beider Wirkungskriterien.....	185
2.2. Ausnahmen in anderen Vertragsvorschriften und Konkurrenzen.....	187
2.3. Ausnahmen vom Beihilfenverbot nach Art. 92 Absatz 2 und 3 EGV.....	188
2.3.1. Art. 92 Absatz 2 EGV.....	189
2.3.2. Art. 92 Absatz 3 EGV.....	190
II. Grundlegendes zu Anwendungsbereich und Struktur des Art. 93 EGV.....	196
1. Prüfung bestehender Beihilfen.....	197
2. Präventive Kontrolle neuer Beihilfen.....	200
3. Besondere Fallkonstellationen.....	205
B. Direkte Kollisionen zwischen den nationalen und den gemeinschaftsrechtlichen Beihilfavorschriften.....	206
I. Mögliche Konstellationen für direkte Kollisionen.....	206
1. Bestehende Beihilfen.....	206
2. Neue Beihilfen.....	207
unmittelbare Wirkung der Beihilfavorschriften als Voraussetzung für di- t mit dem nationalen Recht.....	208
t Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung.....	208
lung des EuGH zur unmittelbaren Wirkung der „Beihilfevor-	209

2.1. Bestehende Beihilfen.....	209
2.2. Neue Beihilfen.....	210
3. Einzelheiten.....	210
3.1. Das materielle Beihilfenverbot - Unmittelbare Wirkung des Art. 92 EGV nur in Verbindung mit einer Kommissionsentscheidung.....	210
3.1.1. Argumente gegen die unmittelbare Wirkung des Art. 92 EGV.....	210
3.1.2. Die Rechtsprechung des EuGH zur unmittelbaren Wirkung von Entscheidungen.....	213
3.1.3. Bedeutung für bestehende und neue Beihilfen.....	214
3.2. Unmittelbare Wirkung auch der weiteren, von der Kommission angeordneten Rechtsfolgen des Beihilfenverbotes „Aufhebung bzw. Umgestaltung“ ?.....	215
3.3. Zur unmittelbaren Wirkung der primärrechtlichen Verfahrensvorschrift des Art. 93 III EGV.....	217
3.3.1. Die Notifizierungspflicht des MS nach Art. 93 III1 EGV.....	217
3.3.2. Das Durchführungsverbot nach Art. 93 III3 EGV.....	218
III. Anwendbarkeit der Vorrangregel.....	219
2. Kapitel:	
Die Rückforderungsanordnung der Kommission: Zulässigkeit, Indirekte Kollision mit dem Vertrauensschutzgrundsatz, Bewährung als Sanktion.....	221
A. Zulässigkeit der Rückforderungsanordnung.....	226
I. Rechtsgrundlage.....	226
1. Anknüpfungspunkte für die Rückforderungsanordnung.....	226
1.1. Die EuGH-Rechtsprechung.....	226

1.2. Weitere Hinweise.....	227
2. Auslegungsgrundsätze des EG-Rechts - Bedeutung der „objektiven Interpretation“ des Primärrechts für die Auslegungsmethoden.....	229
2.1. Anwendbarkeit der klassischen Auslegungsmethoden.....	229
2.2. Besondere Auslegungsprinzipien des EG-Rechts.....	231
3. Übertragung auf die „Rückforderungslösung“.....	231
II. Zulässige Konstellationen der Rückforderungsanordnung.....	236
1. Rückforderungsanordnung bei bestehenden Beihilfen ?.....	236
2. Neue Beihilfen.....	238
2.1. Rückforderung von formell und materiell rechtswidrigen neuen Beihilfen ?	238
2.2. Rückforderung von „nur“ formell rechtswidrigen Beihilfen ?.....	239
2.2.1. Anordnung der Rückforderung einer formell rechtswidrigen Beihilfe ohne vorangegangenes materielles Prüfungsverfahren ?.....	240
a. Standpunkt und Argumente der Kommission.....	240
b. Standpunkt und Argumente der Generalanwälte Tesouro und Jacobs.....	240
c. Die Stellungnahme des EuGH.....	241
2.2.2. Anordnung der Rückforderung des formell rechtswidrigen Beihilfenteils nach Feststellung der materiellen Rechtmäßigkeit ?.....	243
B. Ausschluß der Rückforderung durch den Einwand des Vertrauensschutzes - Indirekte Kollisionen zwischen Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht.....	248
I. Vertrauensschutz bei der Rückforderung von gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen - Überblick über das Meinungsspektrum.....	253
1. Die Rechtsprechung des EuGH zur Berücksichtigung des Vertrauensschutzes bei der Rückforderung staatlicher Beihilfen.....	253

1.1. Konsequenzen für den Vertrauensschutz des Begünstigten.....	253
1.2. Konsequenzen für die mitgliedstaatliche Pflicht zur Rückforderung.....	257
2. Die Äußerungen des Generalanwalts Darmon.....	259
3. Die Behandlung des Vertrauensschutzes bei gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen und der EuGH-Rechtsprechung bei den deutschen Verwaltungsgerichten.....	261
3.1. Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes.	261
3.2. Die Urteile der Oberverwaltungsgerichte Münster und Koblenz im Vorfeld der BVerwG-Entscheidungen von 1993 und 1994.....	265
4. Die Behandlung des Vertrauensschutzes bei gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen nach der deutschen Literatur.....	267
4.1. Europäischer Vertrauensschutz bei gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen?.....	267
4.2. „Europäisierung“ des nationalen Vertrauensschutzes bei gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen.....	272
4.2.1. Generelle Ausschlußgründe für Vertrauensschutz - Die Bösgläubigkeit des Beihilfenempfängers.....	272
4.2.1.1. Vertrauen auf die materielle Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt.....	272
4.2.1.2. Vertrauen auf die Durchführung des Notifizierungsverfahrens ...>.....	273
a. Ausschluß des Vertrauensschutzes über § 48 II 3 Nr. 3 VwVfG bzw. nach dessen Verschärfung ?.....	273
b. Schaffung eines weiteren Ausschlußtatbestandes neben § 48II3 VwVfG ?.	277
c. Vertrauensausschließende Sonderumstände ?......	278
aa. Leitlinien der Kommission.....	278
bb. Warnmitteilungen der Kommission.....	278
cc. Die allgemeine Mitteilung der Kommission von 1983.....	279
dd. Kopplung des beihilfengewährenden Verwaltungsakts mit einer Nebenbestimmung oder einer Vorläufigerklärung durch die nationale Behörde.....	279

4.2.2. Die Regelvermutung des § 48 II 2 VwVfG zugunsten des Vertrauensschutzes.....	280
4.2.3. Die Abwägung des öffentlichen Rücknahmeinteresses gegen das private Interesse nach § 48 II 1 VwVfG.....	282
4.3. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die EuGH-Rechtsprechung in der deutschen Literatur.....	284
5. Zusammenfassung des Meinungsstandes und weiterer Gang der Untersuchung	286
 II. Vertrauensschutz bei der Rückforderung von gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen - Eigener Lösungsansatz über die indirekte Kollisionslehre ...	290
1. Zum Gang der Untersuchung.....	290
2. Voraussetzungen, Wesensgehalt und Grenzen des Vertrauensschutzes nach dem europäischen und deutschen Recht im Rahmen der indirekten Kollisionslehre.	292
2.1. Vertrauensgrundlage.....	293
2.2. Vertrauen.....	295
2.3. Vertrauensbetätigung.....	297
2.4. Schutzwürdigkeit - Interessenabwägung.....	298
 C. Würdigung der „Rückforderungslösung“.....	302
 3. Kapitel:	
sung: Die Haftung der Bundesrepublik Deutschland bei Verstößen -> die gemeinschaftsrechtlichen „Beihilfavorschriften“.....	309
 Begriff der „Staatshaftung“ und die Haftungskonstellationen bei gemein- gen staatlichen Beihilfen.....	313
 der „Staatshaftung“ - Einschränkung des Untersuchungsgegen- einen „Amtshaftungsanspruch“ gegen die Bundesrepublik Deutsch- 	313

II. Staatshaftungskonstellationen bei gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen.....	314
1. Staatshaftungsanspruch bei bestehenden Beihilfen ?.....	315
2. Staatshaftungsanspruch bei neuen Beihilfen - Formelle und materielle sowie „lediglich“ formelle Gemeinschaftsrechtswidrigkeit ?.....	315
B. Die haftungsrechtliche Problematik im Überblick.....	317
I. Die vertragliche Ausgangslage - Unvollständigkeit des Haftungssystems.	317
II. Behandlung der Haftungs-"Lücke".....	318
C. Die Voraussetzungen einer Amtshaftung der Bundesrepublik Deutschland bei formell und materiell oder nur formell gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen <i>vor</i> FRANCOVICH.....	323
I. Direktwirkung der gemeinschaftsrechtlichen „Beihilfevorschriften“ als Grundvoraussetzung einer Haftung der MS bei Verletzung von Gemeinschaftsrecht.	323
1. „Unmittelbare Wirkung“ im Sinne von „Individualwirksamkeit“ - Abgrenzung zur Verleihung subjektiver Rechte.....	323
2. Subjektiv-öffentliches Recht der geschädigten Konkurrenten.....	326
2.1. Die Behandlung von „Drittrechten“ in Deutschland.....	326
2.1.1. „Drittrechte“ im nationalen Recht.....	327
2.1.2. „Drittrechte“ im europäischen Gemeinschaftsrecht.....	331
2.2. Die Behandlung von „Drittrechten“ durch den EuGH.....	332
2.3. Bewertung.....	333
II. Die Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs nach deutschem Recht.	334

1. Entwicklung des Amtshaftungsrechts in Deutschland.....	335
2. Anspruchsbegründende Tatbestandsmerkmale des deutschen Amtshaftungsanspruchs.....	337
2.1. Handeln eines „Amtsträgers“.....	338
2.1.1. Der haftungsrechtliche Beamtenbegriff.....	338
2.1.2. Amtsträger bei staatlichen Beihilfen.....	338
a. Schadensverursachung durch einen Amtsträger bei direkten Subventionen.	338
b. Schadensverursachung durch einen Amtsträger bei indirekten Subventionen. . . .	339
2.2. „In Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes“ und „Amtspflicht“	340
2.3. „Drittbezogenheit“ der Amtspflicht.....	340
2.3.1. Grundsätze und Eingrenzung der Problematik.....	340
2.3.2. Die amtshaftungsrechtliche Behandlung von legislativem Unrecht bei der Vergabe von gemeinschaftsrechtswidrigen indirekten Subventionen.....	341
a. Die Rechtsprechung.....	341
b. Die Literatur.....	342
aa. Stimmen für den BGH.....	342
bb. Gegenstimmen.....	342
c. Weitere Entwicklung.....	344
2.4. Verursachung des Schadens.....	346
2.5. Verschulden.....	347
2.5.1. Allgemeines.....	347
2.5.2. Gemeinschaftsrechtswidrige Vergabe von direkten Subventionen als „Vollzug legislativen Unrechts“ oder „fehlerhafte Rechtsanwendung“ der Verwaltung ..	348
a. Zur Rechtslage nach innerstaatlichem Recht - Die Verwerfungskompetenz der Verwaltung.....	348
b. Übertragbarkeit auf Gemeinschaftsrechtsverstöße.....	350

c. Bewertung.....	353
3. Anspruchsbegrenzende und anspruchsausschließende Tatbestandsmerkmale. . . .	354
3.1. Das Verweisungsprivileg des § 839 12 BGB.....	354
3.2. Haftungsausschluß unter dem Gesichtspunkt des Mitverschuldens - Rechtsmittelversäumung nach § 839III BGB.....	355
3.2.1. Primärrechtsschutz bei direkten Subventionen.....	357
3.2.2. Primärrechtsschutz bei indirekten Zuwendungen.....	358
a. Grundrechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen nach der herrschenden Meinung.....	360
b. Würdigung der herrschenden Meinung und Kritik in der Literatur.....	360
3.2.3. Zum Vergleich: Die Rechtsprechung des EuGH zur Konkurrentenklage. . . .	361
3.2.4. Bewertung der deutschen und der europäischen Rechtslage bei Konkurrentenklagen.....	364
3.3. Staatshaftungsausschluß gegenüber bestimmten Ausländern - Die Gegenseitigkeitsklausel nach § 7 RBHG.....	365
3.3.1. Kritik der Literatur.....	366
3.3.2. Die Rechtsprechung des BGH und die weitere Entwicklung.....	367
3.4. Verjährung.....	369
4. Rechtsfolgen und prozessuale Möglichkeiten der Durchsetzung.....	369
4.1. Passivlegitimation - Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland ?.....	369
4.2. Rechtsweg.....	370
III. Ergebnis zur haftungsrechtlichen Situation <i>vor</i> FRANCOVICH.....	370
D. Die Voraussetzungen einer Amtshaftung der Bundesrepublik Deutschland bei formell und materiell oder nur formell gemeinschaftsrechtswidrigen staatlichen Beihilfen <i>nach</i> FRANCOVICH.....	372

I. Das „Staatshaftungsurteil“ FRANCOVICH.....	373
1. Sachverhalt.....	373
2. Unmittelbare Wirkung der EG-Konkursausfallrichtlinie 80/987.....	373
2.1. Allgemeines zur unmittelbaren Wirkung von Richtlinien.....	373
2.2. Übertragung dieser Grundsätze auf die Konkursausfallrichtlinie des „Staatshaftungsurteils“.....	374
3. Die Feststellungen des EuGH zur Staatshaftung.....	375
3.1. Zum Grundsatz der Staatshaftung.....	375
3.2. Zu den Voraussetzungen der Staatshaftung.....	375
II. Offene Fragen nach FRANCOVICH - Grundlage des Staatshaftungsanspruchs, Übertragbarkeit auf andere Konstellationen und Voraussetzungen.....	376
in. Die Folgeentscheidungen des EuGH von 1996, insbesondere „BRASSERIE DU PECHEUR UND FACTORTAME“.....	383
1. Zur Übertragbarkeit der FRANCOVICH-Rechtsprechung auf andere Konstellationen.....	383
2. Zur Grundlage des Staatshaftungsanspruchs.....	385
3. Zu den Voraussetzungen der Staatshaftung.....	385
IV. Zusammenfassung und Würdigung der Rechtslage nach der Folgejudikatur	387
V. Folgerungen für den deutschen Amtshaftungsanspruch in den Staatshaftungskonstellationen nach der indirekten Kollisionslehre.....	393
1. Zu den Voraussetzungen, die eine Verpflichtung des Staates zur Haftung bei Verstoß gegen die Beihilfavorschriften auslösen.....	394
1.1. Die Verleihung von Rechten an den einzelnen.....	394

1.2. Hinreichend qualifizierter Verstoß.....	396
1.3. Unmittelbarer Kausalzusammenhang zwischen verletzter Verpflichtung und entstandenem Schaden.....	397
1.4. Teilergebnis.....	398
2. Indirekte Kollisionen - Modifizierung der deutschen Amtshaftungsvoraussetzungen durch das gemeinschaftsrechtliche Effizienzgebot und Diskriminierungsverbot der Gemeinschaft.....	399
2.1. Mit den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben ohne weiteres <i>vereinbare</i> Voraussetzungen des deutschen Amtshaftungsrechts.....	399
a. Amtsträger.....	399
b. Amtspflicht.....	399
c. Kausalität.....	399
d. Verjährung nach § 852 BGB.....	400
e. Passivlegitimation und Rechtsweg.....	401
2.2. Mit den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben ohne weiteres <i>unvereinbare</i> Voraussetzungen des deutschen Amtshaftungsrechts.....	401
a. Das Verweisungsprivileg des § 839 I 2 BGB.....	401
b. Gegenseitigkeitsklauseln.....	401
2.3. Kritische Voraussetzungen des deutschen Amtshaftungsrechts.....	402
a. Handeln in Ausübung eines anvertrauten öffentlichen Amtes.....	402
b. „Drittbezogenheit“ der Amtspflicht.....	402
c. Verschulden.....	403
d. Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruches.....	404
e. Haftungsausschluß unter dem Gesichtspunkt der Rechtsmittelversäumung nach § 839 III BGB.....	405
3. Ergebnis.....	407

E. Abschließende Wertung der Rückforderungs- und Staatshaftungslösung **407**

Thesen.....413

Literaturverzeichnis.....417